

Soziales Europa

Perspektive für Europa 2020
S. 12

Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

S. 16

Armut in der EU hat viele Gesichter

S. 17





Die CDA wünscht

ein gesegnetes, friedvolles
Weihnachtsfest



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Wir bedanken uns für die Zusammenarbeit im zu Ende gehenden Jahr, freuen uns über gemeinsame Erfolge und würden daran gerne auch 2011 anknüpfen.

Mit den besten Wünschen für ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest, einen schönen Jahreswechsel und ein gutes neues Jahr.

Karl-Josef Laumann MdL
Bundesvorsitzender

Dr. Markus Gloe
Hauptgeschäftsführer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

blicken wir auf das Jahr 2010 zurück, dann sehen wir ein Jahr mit vielen sozialpolitischen Entscheidungen. Die CDA hat in enger Verzahnung mit der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine möglichst arbeitnehmerfreundliche Ausgestaltung dieser Politik gestritten. Bereits zu Beginn des Jahres haben wir die schwarz-gelbe Politik unter anderem mit der Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge sozialpolitisch flankiert. Familien konnten wir somit um rund 4 Milliarden Euro entlasten. In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte ein wichtiges Signal, für das die CDU-Sozialausschüsse mit Nachdruck gekämpft haben. Darüber hinaus konnte sich der Arbeitnehmerflügel endlich mit seiner Forderung durchsetzen, das Schonvermögen für ALG-II-Empfänger auf 750 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen. Somit werden diejenigen nicht länger bestraft, die ein Leben lang von ihrem hart erarbeiteten Einkommen Rücklagen gebildet haben. Ein Weg, der mit der SPD in der Großen Koalition nicht möglich war. Bei der Strukturreform des SGB II konnten wir dafür sorgen, dass Hilfe aus einer Hand für Arbeitssuchende weiterhin möglich ist. Bei der Neuregelung der Regelsätze begrüßt die CDA vor allem das Bildungspaket. Die Entscheidung sorgt dafür, dass die dringend notwendigen Leistungen für die soziale Teilhabe der Kinder zum 1. Januar in Kraft treten können. Kinder von ALG-II-Empfängern

können so gezielt gefördert werden. Wir beseitigen damit die sozialen Schieflagen, die Rot-Grün in Hartz IV installiert hat. Wer diese Leistungen als zu gering abwertet, diffamiert die Menschen, die tagtäglich für ihr Einkommen hart arbeiten müssen.

Was erwartet uns im Jahr 2011? Ein zentrales Datum ist der 1. Mai 2011. Ab diesem Tag gilt in Europa die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Auf dem CDU-Parteitag konnte sich die CDA mit einem Antrag durchsetzen, dass die CDU sich in der Bundesregierung für eine Aufnahme der Leiharbeitsbranche ins Arbeitnehmerentsendegesetz einsetzt.

Ebenso steht der Fachkräftemangel auf der politischen Agenda. Ein wichtiger Schritt in diesem Zusammenhang ist die geplante Gesetzesinitiative der Bundesbildungsministerin Schavan für ein vereinfachtes Anerkennungsverfahren von ausländischen Abschlüssen. Dies betrifft die Menschen, die bereits in Deutschland leben und aufgrund fehlender Anerkennung ihrer Abschlüsse weit unter ihrer Qualifikation beschäftigt sind. Auf ihr Potenzial können und dürfen wir nicht verzichten!

Nach der Diskussion um die Vorschläge von Familienministerin Schröder zur Familienpflegezeit wird es im kommenden Jahr auch um eine Fortentwicklung der Pflegeversicherung gehen. Zur Diskussion steht die



Forderung, die solidarisch finanzierte Pflegeversicherung durch kapitalgedeckte Elemente zu ergänzen.

2011 wird auch die Regierungskommission zur Altersarmut ihre Arbeit aufnehmen. Die CDA wird die Arbeit der Kommission intensiv begleiten. Einen ersten Erfolg konnten wir diesbezüglich schon auf dem Bundesparteitag erreichen, in dem unser Antrag „Altersarmut bekämpfen – Koalitionsvertrag zügig umsetzen“ von den Delegierten mehrheitlich beschlossen wurde.

Im Jahr 2011 werden wir an vielen Stellen gefordert sein, unsere Positionen nachdrücklich in die Entscheidungsfindungen einzubringen. Dafür wünsche ich uns viel Kraft und Erfolg.

Karl-Josef Laumann
CDA-Bundesvorsitzender

PRISMA



20 Jahre dabei!
Dienstjubiläum von
Martin Schulte S.6

**Kontakte zwischen Wien und
Berlin**
ÖAAB zu Besuch bei der
Arbeitnehmergruppe S.6

Generation prekär
Studie im Auftrag der
IG Metall S.6

Wer bin ich, wenn ich online bin ...
Lektüretipp S.7

TITEL



Soziales Europa
Perspektiven für Europa 2020 S.12

**Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
im vereinigten Europa** S.16

Armut in der EU hat viele Gesichter
S.17

POLITIK



Erfolg für die CDA!
Rückblick auf den CDU-Bundes-
parteitag in Karlsruhe S.10

Find´ Dein Glück in Osnabrück
Wohlstand jenseits von Angebot
und Nachfrage S.18

**Wo ist politisches Handeln
gefragt?**
Pflegefachtagung der Arbeit-
nehmergruppe S.20

Mitarbeiterbeteiligung
Ein Ziel, für das es sich lohnt zu
streiten S.22

IMPRESSUM

Herausgeber
CDA Deutschlands
Zinnowitzer Str.1
10115 Berlin

Redaktion:
Dr. Markus Gloe (V.i.S.d.P.)
Telefon: 030/922511-194
Telefax: 030/922511-2194
E-Mail: mgloe@cda-verlag.de

Gestaltung
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen
Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Titel
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen
Abständen sechsmal im Jahr.
Namensartikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.

Preis
Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gül-
tige Anzeigen-Preisliste vom 1. Januar 2010.

Druck
Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

REPORTAGE



Ich habe Geld noch nie arbeiten sehen!

Die CDA ehrt Norbert Blüm zu seinem 75. Geburtstag S.8

CDA INTERN



Dem Wildwuchs bei Leiharbeit Schranken geben

Konferenz von IG Metall und CDA Baden-Württemberg S.23

Ausgezeichnet

Regina Görner erhält den Preis „Soziale Marktwirtschaft“ S.24

Walter Haas ausgezeichnet für 60 Jahre CDA-Mitgliedschaft S.29

WieSO!?! – Der persönliche Fragebogen

Heute: Karin Möhle S.32



„Tatsächlich ist die Welt jedoch heute bedroht durch das fehlende Gleichgewicht zwischen reichen und armen Nationen; die soziale Frage hat sich auf die Weltebene verschoben.“ Dieser Satz stammt nicht aus dem Jahr 2010, sondern aus dem Aufsatz „Solidarität der Völker als Aufgabe“ aus der SO! von 1960. Die Wirtschaft wächst nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder, jedoch klaffen die Schwellen- und Industrieländer deutlich auseinander. Somit ist das Problem der globalen Ungleichheit auch nach 50 Jahren mehr als aktuell.

Im Editorial „Die Spalter der Gewerkschaftseinheit“ greift Johannes Albers die SPD an, die den Charakter der Einheitsgewerkschaft als einen freien Zusammenschluss verschiedener Gewerkschaftstraditionen leugne. Ob die Einheitsgewerkschaft noch eine Zukunft habe, liege ausschließlich bei der SPD und darin, „ob die Mehrheit der sozialdemokratischen Gewerkschafter in den Gewerkschaften eine Interessengemeinschaft der organisierten deutschen Arbeitnehmerschaft oder den vopolitischen Raum einer Partei sehen, die noch ihren längst fragwürdigen Anspruch aufrecht erhalten will, eine Arbeiterpartei zu sein“.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte waren die Stabilität der D-Mark, die Probleme des sozialen Wohnungsbaus, das Versicherungs- und Solidaritätsprinzip wie auch das Notstandsrecht im freiheitlichen Rechtsstaat.

Mitgliederservice

Telefon: 030/92 25 11-120
Telefax: 030/92 25 11-2110
E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Verlag

CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Geschäftsführer

Dr. Markus Gloe

Fotos

IStockphoto; Friedhelm Windmüller, Konrad-Adenauer-Stiftung, CDU Deutschlands, CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Armin Linnartz, Ossenbrink, Uto R. Bonde, privat

ZU BESUCH

Kontakte zwischen Wien und Berlin

v.l.n.r.: Peter Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Magistrat Lukas Mandl, ÖAAB-Generalsekretär, Magistrat Nikola König, ÖAAB-Pressereferentin

Zur Intensivierung der politischen Kontakte besuchte der Generalsekretär des Österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bund, Magistrat Lukas Mandl, den Vorsitzenden der

Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß, in Berlin. Schwerpunkte der Gespräche bildeten insbesondere die Themen Kinder und Familien, Gesundheit und Pflege, Leih- und Zeitarbeit sowie Chancen durch Bildung. Als nächsten Schritt wird ein breiteres Treffen zwischen den Abgeordneten der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Arbeitsgemeinschaft der ÖAAB-Abgeordneten geplant. „Bei unserer Arbeit für die Menschen sind wir in Deutschland und Österreich mit ähnlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert“, erklärte Mandl. „Durch unterschiedliche Erfahrungen, Perspektiven und Konzeptionen ist der Austausch sehr ergiebig“, ergänzte Peter Weiß. ■

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE
20 Jahre dabei!**

Anfang November feierte der Martin Schulte sein 20-jähriges Dienstjubiläum bei der CDA. Zunächst als Regionalsekretär in Soest, dann in der Hauptgeschäftsstelle in Königswinter und jetzt in Berlin, steht der Organisationsleiter unermüdlich im Einsatz für die CDA. Dafür dankt die CDA Deutschlands Martin Schulte recht herzlich. ■

STUDIE

„Generation prekär“

Je jünger, desto prekärer: Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen bis 24 Jahren ist befristet oder in Leiharbeit bzw. in einer ABM/SAM-Maßnahme beschäftigt. Zudem wird die These, Leiharbeit habe eine strukturelle Brückenfunktion in eine feste Anstellung beim Entleihbetrieb mit dem marginalen Ergebnis des „Klebeeffektes“, mit ca. 7 Prozent widerlegt. Somit ist die Chance auf eine Festanstellung für junge

Beschäftigte, die mit Leiharbeit beginnen, relativ gering. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Persönliche Lage und Zukunftserwartungen der jungen Generation 2010“ der TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall. In der Studie werden die aktuellen Stimmungen und Zukunftserwartungen der 14- bis 34-jährigen Bürgerinnen und Bürger analysiert. Deutlich wird, dass von den 19% der in Teilzeit jungen Beschäftigten bei der Mehrheit der Wunsch nach Vollzeit-Beschäftigung besteht. Die Studie zeigt auch, dass sich die Einstellungen der jungen

Generation mit den Forderungen der Gewerkschaften an die Politik überschneiden. Die wichtigste Forderung lautet dabei: Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn gerade der jungen Generation fehlt mit den prekären Arbeitsverhältnissen die notwendige Sicherheit, ihr Leben zu planen. ■



Die komplette Studie erhält man unter > redir.ec/studie2010

LEKTÜRETIPP**„Wer bin ich, wenn ich online bin...“**

... und was macht mein Gehirn solange?“, heißt der provokante Titel des neuen Buches von Nicholas Carr. Carr hatte sich einen Ruf als provokanter und prophetischer Denker zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel in der Internetära mit seinem Artikel „Is Google Making US Stupid?“ erworben. In seinem neuen Buch hinterfragt der Autor, was wir durch das Internet gewinnen und was wir im nicht mehr aus unserem Leben wegzudenkenden Netz vielleicht verlieren.

Carr geht vom eigenen Befund aus, dass er enorme Schwierigkeiten habe, konzentriert zu lesen und leitet daraus ab, dass etwas mit seinem Denken geschieht. Dabei geht es Carr nicht darum, gegen Computer im Allgemeinen, gegen das Netz oder gegen Google zu argumentieren. Er möchte lediglich dazu appellieren, die Warnung von Joseph Weizenbaum zu überdenken. Weizenbaum hatte gewarnt, dass wir mit zunehmender Abhängigkeit vom Computer versucht sein würden, ihm Aufgaben zu übertragen, „die Weisheit erfordern“. Hätten wir das erst einmal getan, gäbe es kein Zurück mehr. Carr fordert: „Wir sollten uns bewusst machen, was wir möglicherweise verlieren könnten. Es wäre doch traurig, wenn wir völlig fraglos die Vorstellung akzeptierten, menschliche Elemente wären veraltet und verzichtbar.“

In seinem Vorwort hebt Frank Schirrmacher noch einen weiteren Aspekt hervor: „Die Folgen sind womöglich nicht so sichtbar wie in der ersten industriellen Revolution, denn die digitale Revolution kennt keine Bilder von Fließbandarbeitern, Massenproduktion, von arbeitslosen Webern oder von geisttötenden Routinen nach dem Gesetz der Stechuhr [...]“

Gleichzeitig aber ist das Internet wie auch der digitale Arbeitsplatz ein Ort fast frühkapitalistischer Konflikte, in der Millionen von Menschen die Grenzen zwischen gerechtem Lohn und ungerechter Selbstaussbeutung nicht mehr erkennen können.“

Das Buch ist für beide Seiten – Verfechter und Gegner des Netzes – lesenswert. Es regt durch einen linearen Text das Gehirn zum Denken und Urteilen an. ■



Nicholas Carr: Wer bin ich, wenn ich online bin ... und was macht mein Gehirn solange? Wie das Internet unser Denken verändert, Karl Blessing Verlag: München 2010, ISBN 978-3-89667-428-9, 383 Seiten, 19,95 Euro (gebundene Ausgabe)

MITGLIEDERWERBUNG**Aktion „Weitergeben“**

Beteilige Dich an unserer Aktion „Weitergeben“. Wenn Du die Soziale Ordnung! ausgelesen hast, gib sie an Freunde, Kolleginnen und Kollegen oder Nachbarn weiter.

So erfahren möglichst viele Menschen über die politische Arbeit der CDA und das Verbandsleben auf allen Ebenen und entschließen sich vielleicht dazu, uns zu unterstützen.



„Ich habe Geld noch nie arbeiten sehen!“ Die CDA ehrt Norbert Blüm zu seinem 75. Geburtstag



Der voll besetzte Saal im Konrad-Adenauer-Haus hört den Festrednern

Man könnte meinen, die Zeit ist stehen geblieben. Ich erinnere mich an die Abendnachrichten in meiner Grundschulzeit: Hinter einem Pult steht Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm und redet kämpferisch über Anerkennung der menschlichen Arbeit und über christlich-soziale Werte. Meine Grundschulzeit ist vorbei und mittlerweile gehe nicht nur ich, sondern auch Norbert Blüm einer anderen Beschäftigung nach. Es ist der 25. Oktober 2010 und die CDA lädt anlässlich des 75. Geburtstages von Norbert Blüm zu einer Feier ins Konrad-Adenauer-Haus ein. Sie steht unter dem Titel „Tiefschlaf oder Tatendrang? Die Zukunft der christlich-sozialen Bewegung.“

Das christliche Menschenbild klinge abgestanden. Für einen kurzen Augenblick werden die geladenen

Gäste im festlich illuminierten Saal der CDU-Bundesgeschäftsstelle hellhörig. Sie entspannen sich aber merklich nach dem zweiten Halbsatz von Kardinal Reinhard Marx: Das christliche Menschenbild sei aber Ausgangspunkt für diejenigen, die Politik machten. Es war eben auch Ausgangspunkt für die Politik Norbert Blüms, dessen Verdienste für Deutschland und die Soziale Marktwirtschaft die Reden prägten.

Als Kanzler der Pflegeversicherung titulierte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede den Mann, der von 1982 bis 1998 das Bundesministerium für Arbeit und Soziales führte und damit als einziger Minister über die gesamte Kohl-Ära sein Amt innehatte. Sie nimmt in ihrer Rede seine mahnenden Worte auf: Der Gedanke der Subsidiarität gerät



Karl-Josef Laumann,

unter Druck. Die Globalisierung überfrachtet die Subsidiarität – es droht die Degeneration des Homo sapiens zum Homo oeconomicus.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise stellte unsere Sozialsysteme vor eine besondere Belastungsprobe.



Beim Empfang nach den Festreden

Mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft haben wir die Krise relativ gut gemeistert, indem jeder seinen Beitrag für das Gemeinwesen

„Wir waren immer dazwischen“, resümiert der Gefeierte rückblickend über die CDU-Sozialausschüsse. Einmal waren wir die „roten Schwarzen“

entspringt einem Ansinnen christlich-sozialer Politik, nämlich dem Kampf für einen gerechten Lohn – auch durch die Stärkung der Tarif-



Kardinal Dr. Reinhard Marx,



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



und Dr. Norbert Blüm zu.

geleistet hat: Politik, Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie alle haben klug gehandelt. Angela Merkel pointiert an diesem Abend zu Recht: Die Sorge um das Gemeinwesen kennt keine Altersgrenze. Eine Aussage, für die ein Norbert Blüm exemplarisch steht.

und wieder einmal die „schwarzen Roten“. Politisch mag dies wenig griffig, ja womöglich gar schwammig klingen. An dieser Stelle zeigt sich aber eine besondere Stärke christlich-sozialer Politik. Die Stärke schlägt sich im Ausgleichenden, im Verbindenden nieder. Norbert Blüm drückt das an dem Abend viel staatstragender aus: Weder Kommunismus, Sozialismus noch Kapitalismus haben das Versprechen „Wohlstand für alle“ einlösen können. „Die Welt sucht nach einer Lösung jenseits von Sozialismus und Kapitalismus“, betonte Blüm. Die Soziale Marktwirtschaft schafft genau den sozialen Ausgleich und das sozial Verbindende zwischen Menschen und Kapital. Es bewahrt den Menschen davor, zu einem bloßen Objekt zu degenerieren und den Marktkräften schutzlos ausgesetzt zu sein. Das ausgleichende Element

parteien und der Tarifautonomie. Christlich-sozial bedeutet dabei, dass Arbeitnehmer nicht auf einen Konsumlohn abgedrängt werden dürfen und Arbeitnehmer an ihren Unternehmen zu beteiligen.

Weniger staatstragend, dafür aber aus tiefstem Herzen, ermahnte der Minister a. D. alle anwesenden Gäste zum Tatendrang: „Ich habe Geld noch nie arbeiten sehen! Arbeit darf nicht am Gängelband der Börse hängen. Eigentum ist kein Herrschaftsanspruch. Eigentum ist die Frucht der Arbeit.“ ■



Kardinal Marx und Norbert Blüm diskutierten auch nach den Reden intensiv miteinander

Die Reden finden Sie als Videos auf:
 > www.cda-bund.de unter Kampagnen & Aktionen

Erfolg für die CDA! Rückblick auf den CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe



CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe

Es ist bereits Montagabend auf dem Bundesparteitag und die Delegierten fiebern eigentlich dem Baden-Württemberg-Abend entgegen. Da nutzt der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann die Gunst der Stunde und tritt mit einem flammenden Appell an die Delegierten im Saal ans Mikrofon. „Gemeinsam für ein starkes Deutschland“ ist an der Stirnseite der Karlsruher Messehalle zu lesen. Es geht um den zweiten Antrag der CDA „Altersarmut bekämpfen – Koalitionsvertrag zügig umsetzen“. Die Antragsfraktion hatte empfohlen, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. „Dies wäre eine Beerdigung erster Klasse“, kritisierte Laumann scharf und warb im Plenum für die Annahme des CDA-Antrages. Die CDA fordert in ihrem Antrag unter anderem

die Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes, eine Rente nach Mindesteinkommen, aber auch bessere Rahmenbedingungen für Teilrenten, die einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen sollen. Ein längeres Erwerbsleben müsse so gestaltet sein, dass es von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht als Bedrohung empfunden werde. Gleichzeitig seien die Unternehmen gefordert, eine langfristige Personalplanung und Qualifizierungskonzepte für alle Altersstufen selbstverständlich werden zu lassen. Nicht nur die rund 250 CDA-Delegierten, sondern eine große Mehrheit stimmte Laumann zu und gab der Fraktion damit auf, die Rentenpolitik entsprechend neu auszurichten.

Zuvor war auch schon der Antrag der CDA, die Leiharbeit ins Arbeitnehmerentendengesetz aufzunehmen, mit großer Mehrheit vom Parteitag verabschiedet worden. Die CDA hatte argumentiert, dass Lohn- und Sozialdumping sowie illegale Beschäftigung bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen verhindert werden sollen, der deutsche Arbeitsmarkt gestärkt und die Wettbewerbssituation inländischer Unternehmen verbessert werden soll. Es kann nicht zugelassen werden, dass hier aufgrund der spezifischen deutschen Regelungen zur Zeitarbeit künftig zum Beispiel anstatt zwischen deutschen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelte Tarifvereinbarungen faktisch tschechische oder polnische Tarifverträge mit Mindestlöhnen von 4 Euro zur Anwendung kommen, die sich an den dortigen Verhältnissen orientieren. Genau das wäre aber nach Wirksamwerden der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zwischen Deutschland und acht osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten zum 1. Mai 2011 möglich. Mit der Aufnahme der Zeitarbeitsbranche ins Arbeitnehmerentendengesetz muss ein Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche verankert werden, der für alle Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter in Deutschland – auch für die nach Deutschland entsandten Arbeiterinnen und Arbeitnehmer – gilt.

Bei den Wahlen am Montagvormittag wurde der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann mit 76,53% der Stimmen als Mitglied im Präsidium bestätigt. Damit gehört er für die kommenden zwei Jahre

wieder zum Präsidium der CDU. In seiner Vorstellung sagte er, dass er die Sicht eines Christlich-Sozialen in die Arbeit einbringen wolle. Als weitere Präsidiumsmitglieder wurden Julia Klöckner MdB, Annegret Kramp-Karrenbauer, Philipp Mißfelder, Wolfgang Schäuble, Eckart von Klaeden sowie das CDA-Mitglied Stanislaw Tillich gewählt. Auf Vorschlag der CDA wurden als Beisitzer Elmar Brok, Dr. Regina Görner und Ingrid Sehrbrock gewählt. Peter Wichtel konnte sich leider nicht durchsetzen. Die weiteren Beisitzer im Bundesvorstand, die auch CDA-Mitglied sind, heißen Ingrid Fischbach MdB, Axel Fischer MdB, Ursula Heinen-Esser MdB, Hubert Hüppe, Peter Jacoby, Dr. Franz Josef Jung, Armin Laschet MdL, Dr. Michael Meister MdB und Maria Michalk MdB.

Zuerst war jedoch Angela Merkel mit 90,4% im Amt der Parteivorsitzenden bestätigt worden. In ihrer kämpferischen Rede dankte die Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzende unter anderem auch den Vereinigungen,

die ihr auch in den weniger schönen Tagen die Treue hielten. „Eure Unterstützung und Euer Vertrauen tragen mich“, sagte Merkel. Eine große Ko-

Die einzige Mehrheit jenseits der schwarz-gelben Koalition sei Rot-Rot-Grün. „SPD und Grüne werden 2013 keine Sekunde zögern, mit den Linken zusammenzugehen, um an die Macht zu kommen, wenn es die Zahlen hergeben“, sagte Angela Merkel. Dies müsse die CDU „dem Land ersparen“. Sie skizzierte folgende Ziele der CDU in der Bundesregierung: „Die CDU arbeitet engagiert für ein starkes Deutschland. Für starke Familien, starke Kinder und einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und für eine moderne Gesellschaft.“ Dazu brauche es eine Bildungspolitik, die Chancen eröffnet, eine Energiepolitik, die zukunftsweisend ist, sowie eine Politik, die Integration schafft, Ältere einbindet und Sicherheit gewährleistet. Die Delegierten spendeten Merkel langanhaltenden Beifall. Und jeder im Saal spürte, dass dieser Beifall ernst gemeint war. Die Parteivorsitzende hatte den richtigen Ton getroffen.

Als Generalsekretär wurde Hermann Gröhe mit 90,3% wiedergewählt. Die vier stellvertretenden Parteivorsitzenden werden zukünftig Volker Bouffier MdL (85,12%), Dr. Norbert Röttgen MdB (88,2%), Dr. Annette Schavan MdB (64,17%) und Dr. Ursula von der Leyen MdB (85,12%) sein.

Die weitere Debatte wurde durch die Aussetzung der Wehrpflicht und die Diskussion um die Präimplantationsdiagnostik (PID) geprägt. Der Parteitag entschloss sich mit knapper Mehrheit für ein PID-Verbot. ■



Wo gibt's denn so was? 96 Prozent zufriedene Kunden.

Das Urteil ist eindeutig: 96 Prozent der Privatversicherten fühlen sich im Krankheitsfall sehr gut abgesichert. Das bestätigt eine große Meinungsumfrage des Emnid-Instituts. Kein Wunder, dass sich viel mehr Bürger privat versichern wollen, als der Gesetzgeber bisher zulässt. www.gesunde-versicherung.de

PKV – Die gesunde Versicherung.

alition, eine schwarz-grüne Koalition oder Jamaika-Koalition auf Bundesebene schloss Merkel kategorisch aus.

Soziales Europa: Perspektiven für Europa 2020



Elmar Brok

MdEP, Mitglied im CDU-Bundesvorstand, Präsident der EUCDA

Europa steht aktuell vor großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, die gemeinsam auf europäischer Ebene angegangen werden müssen. Die zunehmende Globalisierung, verstärkt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, hat einen weltweiten Prozess

des Strukturwandels zur Folge, an den sich die europäischen Wirtschafts- und Sozialsysteme anpassen müssen und den die EU aktiv mitgestalten muss, möchte sie ihre Standards und ihren Wohlstand aufrechterhalten. Die Probleme müssen klar benannt werden: Die Zunahme der Einkommens- und Vermögenskonzentration, die Abnahme der Mittelschicht, die deutliche Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, die drohende Altersarmut, die Undurchlässigkeit der Bildungssysteme, das Problem der vererbten Sozialhilfe, mangelndes Vertrauen in die Arbeit der Regierungen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsordnungen. Viele Unternehmen kämpfen um ihr Überleben, die soziale Arbeit inmitten unserer Gesellschaft breitet sich aus.

79 Millionen Menschen in der EU leben unterhalb der Armutsgrenze (einer Schwelle, die bei 60 % des Durchschnittseinkommens des Landes angesetzt wird, in dem sie leben). Dies sind 16 % der europäischen Bevölkerung. Einer von zehn Europäern lebt heute in einem Haushalt, in dem niemand arbeitet. Aber auch Arbeit schützt nicht immer vor dem Risiko der Armut. Für 8 % der Europäer genügt eine Arbeitsstelle nicht, um der Armut zu entkommen. In den meisten Mitgliedsstaaten sind Kinder mehr noch als Erwachsene der Gefahr der Armut ausgesetzt. 19 % aller Kinder

sind von Armut bedroht, also etwa 19 Millionen.

Es ist Aufgabe der Politik, diese negativen Folgen und Konsequenzen der Globalisierung und der Finanzkrise abzufedern. Wir leben in einem globalen Dorf, das ein engeres Zusammenleben zur Folge hat. Verschiedene Kulturen treffen hier aufeinander. Zugleich sind unsere Wirtschaften aufs Engste miteinander verbunden. Dies erfordert neue Antworten und eine politische Gestaltung auf einer gemeinsamen europäischen Ebene! Denn die Probleme sind nicht allein national, sie machen nicht vor Grenzen halt.

Um diesen Problemen und Herausforderungen gemeinsam zu entgegen, haben sich die Mitgliedstaaten der EU in der „Strategie 20-20“ fünf ehrgeizige Ziele gesetzt. Demnach sollen erstens 75 % der europäischen Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren berufstätig sein. Zweitens sollen 3 % des BIP der EU für Investitionen in Forschung und Entwicklung aufgewendet werden. Drittens sollen die 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziele erreicht werden (einschließlich einer Erhöhung des Emissionsreduktionsziels auf 30 %, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind). Viertens soll der Anteil der Schulabreicher auf unter 10 % abgesenkt werden und mindestens 40 % der jüngeren Generation sollten einen Hochschulabschluss haben. Und

fünftens soll die Zahl der armutsgefährdeten Personen um 20 Millionen sinken. Diese Ziele sollen durch ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum realisiert werden; Wissen und Innovation mit der zeitgleichen Förderung erneuerbarer Energien und einer hohen Beschäftigung und wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt verbunden werden.

Diese Ziele werden wir nur gemeinsam umsetzen können. Dafür müssen wir uns der Gemeinschaft bewusst sein! Als leitendes Prinzip, als Basis aller Anstrengungen und Zielsetzung für ein gerechteres und sozialeres Europa „2020“ sollten die gemeinsamen europäischen Werte dienen. Unsere Ethik und unsere Werte müssen in ein ausbalanciertes Verhältnis zu unseren wirtschaftlichen Zielen gebracht werden. In dieses Spannungsfeld hinein – Werte und wirtschaftliche Ziele, Freiheit und Verantwortung – muss die Politik greifen, um Europa erfolgreich zu gestalten. Dafür bieten die christliche Soziallehre und die soziale Marktwirtschaft den geeigneten Nährboden und Handlungsprinzipien, an denen wir uns ausrichten sollten.

Christliche Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft

Die Christliche Soziallehre baut ganz wesentlich auf einem Menschenbild auf, das von der Würde des verantwortungsbewussten Individuums geprägt ist. Sie trägt dem Umstand Rechnung, dass das christliche Menschenbild von der Spannung zwischen Freiheit und

Verantwortung getragen ist. Natürlich gibt es Unterschiede von Land zu Land. Die skandinavischen Mitgliedsländer, Großbritannien, Italien, Frankreich und auch Deutschland haben teils unterschiedliche Vorstellungen über den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen und seine soziale Komponenten. Aber bei diesen Unterschieden handelt es sich nur um nationale Nuancen, die alle auf eine gemeinsame Basis zurückgehen. Diese besteht in der christlichen Soziallehre und der durch diese definierten europäischen Werte, die von allen Mitgliedstaaten ausnahmslos als Handlungsprinzipien und Maßstab anerkannt werden und in Artikel 2 EUV ihren Ausdruck finden. Hier heißt es: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Was bedeuten diese Werte für die Praxis? Dass eine Gesellschaft sich zu unveräußerlichen, unteilbaren Grundwerten und zum Respekt vor dem Menschen bekennen muss! Sie muss die Menschen vor Diskriminierung, Rassismus und sozialer Ausgrenzung schützen und ihnen Chancengleichheit bieten. Konkret heißt das zum Beispiel: Wer mehr Flexibilität von den Arbeitnehmern fordert, muss ihnen auch die dafür

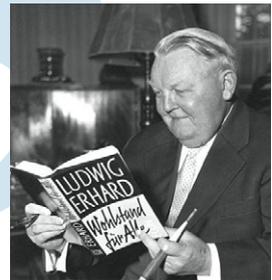
notwendigen Voraussetzungen bieten wie die Unabhängigkeit der Tarifpartner, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Förderung der Wissensgesellschaft etc.

Diese von der christlichen Soziallehre stammenden Werte und Prinzipien werden auf einer praktischen Ebene vor allem durch das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft umgesetzt. Die Soziale Marktwirtschaft ist Ausdruck der Prinzipien der christlichen Soziallehre. Sie steht für eine Wirtschaftsordnung, in der der Mensch in seinen moralischen Bezügen im Mittelpunkt des Marktes steht. Ihr Potenzial und ihren Erfolg hat die Soziale Marktwirtschaft in den letzten Jahrzehnten bewiesen. Sie hat einen entscheidenden Anteil am Wohlstand in Deutschland und in Europa gehabt.

Durch die Krise die Soziale Marktwirtschaft verstärken!

„Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums der vergangenen Ära, auch nicht das freie Spiel der Kräfte und der gleichen Phrasen, sondern die sozialverpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit oben anstellt und der Leistung dann auch den verdienten Ertrag zugutekommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“

Ludwig Erhard



Dies gilt auch bis heute noch. Aber die moderne Prägung der Marktwirtschaft muss im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft heute neu überdacht und an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Eine Gesellschaft muss in der Lage sein, im Bewusstsein von Kultur, Tradition und Geschichte ehemalige Konzepte und Werte zu überdenken und zu modernisieren, damit sie Bestand haben. Deswegen müssen wir in der aktuellen Krise und angesichts der Herausforderungen unsere Werte die Soziale Marktwirtschaft als Maßstab und Ordnungsrahmen nicht mehr nur auf nationaler, sondern auf europäischer und globaler Ebene anwenden und als Bezugsrahmen bei der Umsetzung der 2020-Strategie sehen. 1977 sagte Ludwig Erhard „Die Wirtschaft braucht ein gesundes Klima, braucht Einsatzfreude, Risikobereitschaft, Solidarität.“ Vor allem im Stichwort „Solidarität“ liegt der entscheidende Punkt. So sagte Angela Merkel erst kürzlich: „Solidarität, der Schutz der Schwächeren und die Absicherung gegen Lebensrisiken sind nicht nur ein Verfassungsauftrag. Sie sind nach meiner festen Überzeugung das Fundament unserer Gesellschaftsordnung.“

In der Kombination dieser Gedanken von Erhard und Merkel kommen die sich ergänzenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft präzise zum Ausdruck. Zwischen Freiheit und Verantwortung muss die Wirtschaft gestaltet werden. Dies ist bis heute gültig und mit Blick auf die Globalisierung und die Wirtschafts- und Finanzkrise das Leitprinzip für die verantwortungsvolle Gestaltung unserer Gesellschaft. Wir müssen keine

neue Wirtschaftsordnung erfinden. Aber wir müssen die bestehende Ordnung – die Soziale Marktwirtschaft – als europäischen und globalen Rahmen ausgestalten. Dies erkennt auch der Lissabonner Vertrag an, der erstmals die Soziale Marktwirtschaft explizit erwähnt.

In der Caritas in Veritate heißt es „Die Aspekte der Krise und ihrer Lösungen wie auch die einer zukünftigen neuen möglichen Entwicklung sind immer mehr miteinander verbunden, sie bedingen sich gegenseitig, erfordern neue Bemühungen um ein Gesamtverständnis und eine neue humanistische Synthese.“ Deswegen sollte gerade jetzt in der Krise die Soziale Marktwirtschaft aus ihren nationalen Prägungen hinaus auf ein europäisches, wenn nicht globales Level gehoben werden. Denn um das europäische Modell – trotz Globalisierung – beibehalten und finanzieren zu können, muss Europa seine Marktkraft ausnutzen und in die Waagschale werfen. Der einzelne Staat kann sich den Marktdruck der Globalisierung nicht dauerhaft widersetzen. Die EU kann Marktdruck sozialverträglich kanalisieren (z.B. durch das Setzen von Standards), weil die EU mit die größte Marktmacht ausübt. Die Soziale Marktwirtschaft sollte als weltweiter Ordnungsrahmen die Bedingungen setzen.

Die Anwendung der Sozialen Marktwirtschaft auf die 2020-Strategie

Die 2020-Strategie sollte mehrdimensional, ausgewogen gestaltet werden, um zum Erfolg zu führen: Sie muss die wirtschaftliche, die ökologische und die soziale Dimension vereinen. Der

Erfolg der EU-2020-Strategie ist von diesen drei Dimensionen abhängig, da diese sich gegenseitig verstärken und gemeinsam für eine florierende soziale und nachhaltige Wirtschaft sorgen. Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft bietet hierfür die idealen Voraussetzungen, verbindet sie doch wirtschaftliche und gesellschaftlich relevante Bedürfnisse.

Konkret muss auf Folgendes vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrise beachtet werden: Erstens muss eine wichtige Priorität für den Schutz der Interessen der europäischen Arbeitnehmer einnehmen. Der Ausschuss für Beschäftigung und Sozialpolitik im Europäischen Parlament hat Ende April die Bedeutung der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung betont. Auch die Notwendigkeit, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen, die davon ausgeschlossen werden wie Menschen mit Behinderung, jüngere und ältere Menschen und ethnische Minderheiten, zu öffnen, wurde von den Abgeordneten betont. Zudem sollten die Schaffung und der Erhalt nachhaltiger Arbeitsplätze, eine gesicherte und faire Lohn- und Einkommenssituation der Arbeitnehmer sowie die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme wichtige Bestandteile der „EU 2020“-Strategie sein. Des Weiteren sollten geringere und mittlere Einkommen zur Stärkung der Nachfrage weiter entlastet werden und die Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe zur Überwindung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise ausgeweitet werden. In Deutschland haben wir z.B. das Modell des Kurzarbeitergelds eingeführt. Auch sollte der zentrale Fokus auf der Bekämpfung

fung der stetig wachsenden Jugend- arbeitslosigkeit liegen. Wir müssen in Bildung und Gesundheit investieren. Wichtig ist darüber hinaus die Einführung eines sog. Korridormodells: Dies legt das Verhältnis vom BIP zu den Sozialausgaben fest und leistet somit einen Beitrag zur zukünftigen Gewährleistung der sozialen Sicherungssysteme. Zudem muss die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in zukunftsorientierten und nachhaltigen Bereichen vorangetrieben werden.

Es muss auch ein einfacheres und gerechteres Steuersystem geschaffen werden. Ein Teil der Steuern auf kurzfristige Transaktionen könnte zusätzlich in die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung fließen. Wobei der Erlös jetzt erstmal zur Verwendung der Rettungsmaßnahmen im Zuge der Wirtschafts- u. Finanzkrise verwendet wird. Die wesentliche Herausforderung besteht somit darin sicherzustellen, dass Sozialschutzmaßnahmen wirksam zur Mobilisierung der Erwerbsfähigen beitragen und gleichzeitig das übergeordnete Ziel verwirklichen, den Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind und bleiben werden, einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten.

Die EU nimmt bei all dem eine zentrale Rolle ein. Sie muss den globalen Strukturwandel mitgestalten, indem sie versucht, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen nachhaltig zu stärken. Ein Beitrag, den die Politik angesichts des globalen Wettbewerbs leisten kann, ist die Gestaltung des regulatorischen Umfeldes



für die im EU-Raum ansässigen Unternehmen. Europäische Produktionsstandorte dürfen gegenüber Wettbewerbern aus Drittländern nicht unverhältnismäßig durch Regulierung belastet werden. Seit dem Vertrag von Maastricht ist der „wirtschaftliche und soziale Fortschritt“ als Hauptziele der Europäischen Union festgeschrieben (Art. 2 EUV). Der Vertrag von Lissabon konkretisiert diese Ziele.

Insgesamt brauchen wir mehr Unterstützung für das europäische Sozialmodell. Was wir brauchen, sind Anerkennung und Förderung von Leistung, Wahrung der sozialen Gerechtigkeit durch aktive Hilfe, Schutz des Wettbewerbs, Verankerung der Solidarität in den Gesellschaften, Wahrung der Eigenverantwortung und nachhaltige soziale Sicherungssysteme.

All dies kann man nur durch die Anwendung und den Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft

erreichen. In der Caritas in Veritate steht: „Die Krise verpflichtet uns, unseren Weg neu zu planen, uns neue Regeln zu geben und neue Einsatzformen zu finden, auf positive Erfahrungen zuzusteuern und die negativen zu verwerfen. Europa hat ohne Verzug auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Die Mitgliedstaaten haben große Anstrengungen unternommen, um ihre Maßnahmen zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Finanzmärkte und des Vertrauens in die Wirtschaft zu koordinieren.“ Europa muss sich nun weiter engagieren, um mit derselben Entschlossenheit Arbeitsplätze zu erhalten und denjenigen zu helfen, die sich in Schwierigkeiten befinden. Die Krise ist eine Chance für Europa, seine Stimme in der Welt stark zu machen und einen besseren Ordnungsrahmen der globalen Märkte im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft durchzusetzen! Dies ist der einzige Weg zu einem sozialen und gerechten Europa 2020! ■

Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz im vereinigten Europa Ein Seminar des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen



Silke Striezel

stellv. CDA-Bundesvorsitzende,
Mitglied im EUCDA-Vorstand

Arbeitsschutz begann im 19. Jahrhundert bei den Schwächsten, den Alten und den Kindern, und endet heute mit Stress und Burnout. Trotz erheblicher Anstrengungen, den Schutz am Arbeitsplatz durch Gesetze, Tarifverträge und betriebliche Vereinbarungen zu verbessern, stellt Stress am Arbeitsplatz für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine große Belastung dar. Dabei besteht eine enge Verbindung zwischen Arbeitsschutz und Effektivität am Arbeitsplatz. Diese Problematik stand im Mittelpunkt eines Seminars des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen (EZA). An der gemeinsamen Veranstaltung mit dem LCGB, der Christlichen Gewerkschaft in Luxemburg, nahmen ca. 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 14 europäischen Ländern teil.

Auf der Tagung wurde deutlich, dass während der Finanz- und Wirtschaftskrise der Stress, hervorgerufen durch die Angst vor Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, stetig gestiegen ist. Bei immer mehr Menschen käme es zur völligen Erschöpfung am Arbeitsplatz, dem so genannten Burnout oder anderen stressbedingter Krankheiten.

Der Artikel 137 EG-Vertrag verpflichtet zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, muss jedoch von den Mitgliedsländern mit Leben gefüllt werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den unterschiedlichen EU-Mitgliedsländern erläuterten die unterschiedlichen Gesetze und Richtlinien für die physischen Probleme und Risiken am Arbeitsplatz. Die Forderung, die Arbeit soll sich den Menschen anpassen und nicht umgekehrt, sei zwar richtig, aber entspräche allzu häufig auf der betrieblichen Ebene nicht der Lebenswirklichkeit. Zur Beseitigung der psychischen und sozialen Probleme in der Arbeitswelt bedürfe es auch noch enormer Anstrengungen – auch bei uns in der Bundesrepublik.

Den Sicherheitsbeauftragten, der im Arbeitsschutzgesetz seit 1962 vorgeschrieben ist, gäbe es in den kleinen und mittleren Unternehmen oft nur auf dem Papier. Zugleich führten diese Betriebe aber die Arbeitsunfallstatistik an. Etliche Großunternehmen unterbreiteten im Rahmen der Vorsorge und Fürsorge die unterschiedlichsten Gesundheitsschutzangebote. Das reiche vom kostenlosen Apfel im Winter über

autogenes Training bis zur kostenlosen Grippeimpfung. Ob im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Angebote verringert oder aufgestockt wurden, sei momentan noch nicht erforscht. Sicher sei jedoch, dass es nur selten Angebote zur Stressvermeidung gibt. Gerade hier bestünde jedoch unbedingter Handlungsbedarf.

Grundsätzlich brauchen wir Stress, aber mit Erholungsphasen. Dauerstress sei ungesund, es komme zur Erschöpfung, zum Zusammenbruch. Und es träfe vor allem die Leistungsträger. Denn nur wer für etwas brenne, könne daran „verbrennen“. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen Energienachschub in Form von Lob, Anerkennung und Bestätigung. An dieser Stelle seien Führungsqualitäten gefragt. Gute Führungsqualitäten könnten effektive, präventive Maßnahmen darstellen, um möglichst viele Belastungsfaktoren im Arbeitsleben in Unterstützungsfaktoren umzuwandeln. Es sei unbedingt notwendig, eine Unternehmenskultur zu entwickeln, ganz besonders im Mittelstand, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei einem späteren Renteneintrittsalter einen längeren gesunden und motivierten Verbleib im Arbeitsleben zu ermöglichen.

Als CDA sind wir gefordert, auch die Rahmenbedingungen für humane Unternehmens- und Betriebskulturen so mitzugestalten, dass jedem Menschen eine möglichst lange Teilhabe am Erwerbsleben überhaupt möglich ist. ■

Armut in der EU hat viele Gesichter

Was ist Armut? Bringt die heutige moderne Arbeitswelt mehr Armut mit sich? Welches sind die flankierenden Maßnahmen des Sozialstaats gegen Armut? Bis zu welchem Grad muss der Staat sozial Benachteiligte unterstützen? Dies waren Fragen, die im Rahmen der 16. Internationalen Europakonferenz der Europäischen Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft zum Thema „Armut und soziale Ausgrenzung oder hat die Solidarität der EU Zukunft?“, die vom 30. September bis 2. Oktober 2010 in Wien stattfand, erörtert wurden.

„Entwicklungen in der Arbeitswelt Europas: Solidarität zwischen Erosion und Rekonstruktion“ war der Titel eines Vortrags von Professor Dr. Klaus Firlei, der an der Universität Salzburg Arbeits-, Wirtschafts- und Europarecht lehrt. „Wie wir heute Armut messen, ist unzulässig“, sagte er. Als notwendig sieht Firlei eine „Umstellung unseres Denkens in Richtung qualitativer Kriterien“ an. Die Wirtschaft fordere mehr Leistung für weniger Geld, die psychische Belastung nehme zu. Firlei sprach von einer Abnahme der Lebensqualität in den verschiedensten Bereichen in einer Zeit, in der es Wachstum gebe. Armut explodiere. Jedoch explodiere auch der Reichtum in ganz bestimmten Segmenten wie zum Beispiel im Bereich Mobiltelefone, TV etc. Er forderte Lebensqualitätsindikatoren und Glücksindikatoren als Grundlage für die Armutsmes-

sung. Firlei kritisierte, dass das strategische Papier der EU zum Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) die „Offene Methode der Koordinierung“ vorsehe und sprach von einer Kapitulation der EU gegenüber der Armut. „Die Kerndynamik kommt aus der Arbeitswelt. Ursache von Armutsentstehung ist die völlige Veränderung der Arbeitswelt“, so Firlei. Wir erlebten derzeit den Abschied vom Normalarbeitsverhältnis, merkte er an und nannte als Beispiele Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, Praktika und Projektarbeit. Extreme Flexibilisierung führe zu zusätzlichen Belastungen.

Martin Kastler MdEP (CSU) warf in seinem Vortrag zum Thema „Wie sozial ist Europa?“ die Frage auf, ob es wichtig sei, eine übergeordnete EU zu haben, die die kompletten Kompetenzen im Sozialbereich habe oder ob es nicht besser sei, das Subsidiaritätsprinzip hier als prioritär zu betrachten. Der Mensch brauche die Gemeinschaft, aber die Frage sei, wie weit diese aus altruistischen Gründen helfen solle. „Eine soziale Gesellschaft ist eine Verantwortungsgemeinschaft von Menschen und Staaten, die sich um eine gerechtere Gesellschaft kümmert. Solidarität hat immer zwei Seiten: dem Menschen einerseits Teilnahme am Wohlstand und andererseits Eigenverantwortung zu sichern“, betonte Kastler. Die Frage, ob Europa sozial ist, beantwortete Kastler mit Ja und Nein. Ja, weil es den Europäischen Sozialfonds gebe. Nein, weil Europa nur so sozial sein könne, wie es die Nationalstaaten seien. Nehme man die christliche



Christian Dick
freier Journalist

Soziallehre als Maßstab, so Kastler, dann müsse der Mensch mit seiner unantastbaren Menschenwürde im Mittelpunkt stehen. Kastler stellte die Frage, wie sozial ein Europa sei, in dem Tierversuche verboten seien und die Forschung an embryonalen Stammzellen erlaubt sei und ein Europa, in dem bei einer Unternehmensinsolvenz die Manager noch Boni bekämen. Wichtig ist nach Kastlers Ansicht, dass Unternehmen Menschen fördern. Als positives Beispiel nannte er den Chef der Drogeriemarktkette „dm“ Götz Werner. Kastler unterstrich, dass der Mensch vor Ort lebe und ihm auch vor Ort geholfen werden müsse. Die Gefahr der Übertragung sozialpolitischer Kompetenzen auf die EU bestehe darin, dass dies antidemokratische und antieuropäische Kräfte stärken würde, so Kastler. ■

Find´ Dein Glück in Osnabrück! Wohlstand jenseits von Angebot und Nachfrage



Sascha Brok

CDA-Kreisvorsitzender von Pankow (Berlin), Mitglied im Arbeitskreis „Banken und Sparkassen“

Das unabhängige Königreich Bhutan im Himalaya ist eines der reichsten Länder der Welt – das Glück steht dort im Mittelpunkt, nicht die Exportquote. Und auch das sonst so beschaulich wirkende niedersächsische Osnabrück liegt bei solchen Ranglisten deutschlandweit an der Spitze. Die Frage also: Wie wird Wohlstand richtig gemessen?

Mit Beginn der Industrialisierung und zunehmender Organisierung der Produktionsabläufe veränderten sich die Ansprüche an die Messung der Wirtschaftsleistung und des Volkseinkommens. Betrachteten Moralphilosophen wie Adam Smith und John Stuart Mill die Nationalökonomie noch unter normativen Gesichtspunkten wie Freiheit und Glück, wandelte sich dies u. a. auch durch die Werke von Karl Marx hin zu einer mehr funktionalen Sichtweise auf das Wirtschaften. In der Statistik fand dieses Denken seinen Ausdruck in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und in der marktseitigen Erfassung des Bruttoinlandsproduktes.

Es ist offensichtlich, dass diese Herangehensweise nicht alle Facetten des menschlichen Soziallebens erfassen kann. Dennoch: Die marktmäßige Leistung eines Landes ist für die Beurteilung von Wirtschaftspolitik unabdingbar. Daher sollten insbesondere Änderungen der Berechnungsweise nur behutsam vorgenommen werden. Ein Beispiel: In Deutschland steigt zunehmend die Bedeutung des Dienstleistungssektors gegenüber der Industrie. Die sinnvolle Anpassung der VGR hat aber auch zur Folge, dass Vergleiche und Bewertungen von Konjunkturverläufen über die Zeit schwieriger gewor-

den sind. Einem Erkenntnisgewinn steht hier also auch ein Erkenntnisverlust gegenüber.

Es wäre jedoch töricht, aufgrund dieses Zusammenhangs jedwede Innovation bei der Messung von Wohlstand zu unterbinden und zu behindern.

Wachstum des Bruttosozialprodukts

Ressourcenverbrauch

Krankheit

Autounfall /-reparatur

Kreditfinanzierter Konsum

Keine direkte Änderung des Bruttosozialprodukts

Zufriedenheit, Anerkennung, Selbstverwirklichung

Ehrenamt

Bildungsniveau

Natur

Denn gerade in reifen Volkswirtschaften wie in Deutschland spielen sich zahlreiche wohlstandsmehrende Aktionen außerhalb der statistischen Datenbank ab: Ehrenamt, Naturgenuss, Selbstverwirklichung usw. Ihre Bewertung ist der Sinn und Zweck der Glücks- oder Wohlstandsforschung. Basierend letztlich auf Umfragen, wird versucht, über Modellrechnungen und mathematische Verfahren Indizes oder Rangfolgen von Be-

dürfnissen zu erstellen. Interessant ist etwa, dass Zufriedenheit sich weniger ökonomisch als durch die Erfüllung von Rechtsstaatskriterien begründen lässt. Auch Bildung, Zukunftssicherheit und Umwelt sind überragende Kategorien. Ein Problem war bis dato, dass die Ergebnisse zwar dargestellt werden konnten, aber das Zusammenspiel der Einflussgrößen kaum sichtbar und mithin daher die Forschungsergebnisse für die konkrete Wirtschaftspolitik wenig nutzbar waren. Dies scheint sich momentan zu ändern. Ein Beispiel ist etwa der Zusammenhang von Lebenszufriedenheit und Beschäftigungsquote, welcher in den Indizes ein höheres Gewicht beigemessen wird als der Arbeitslosenrate oder dem Einkommen.

Dass das Urteil darüber zwischen den Bevölkerungsschichten eines Landes oder auch im internationalen Vergleich unterschiedlich sein kann, liegt auf der Hand. Der Ökonom klassifiziert kühl nach wichtigen und weniger wichtigen Gütern (superior und inferior): Nahrung – Arbeitsplatz – Gesellschaft – Freizeit, um eine einfache Reihenfolge zu benennen. Auch die geistigen Väter und politischen Konstrukteure der Sozialen Marktwirtschaft hatten dieses Dilemma bereits erkannt: Jenseits von Angebot und Nachfrage verorteten sie gesellschaftliche Notwendigkeiten, die nur im Zusammenspiel und Austausch der unterschiedlichen Ordnungen und Interessen zufrieden stellend gelöst werden können. Wenn mit

der Glücksforschung und Wohlbefindensmessung neue und bessere Indikatoren fassbar werden, sollten diese genutzt – ihr Erkenntnisgewinn jedoch nicht eindimensional überschätzt – werden.

Denn z. B. beim so genannten Lichtindex – gemessen wird die Verände-

rung der künstlichen Beleuchtung eines Landes durch Satellitenaufnahmen aus dem Weltall – weicht Bhutan nur unwesentlich von der Wachstumsrate des herkömmlich berechneten Bruttonationalprodukts ab. Der Lichtindex für Osnabrück indes ist noch ein offenes Forschungsfeld. ■

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) beschreibt die Summe aller Produkte und Dienstleistungen, die im Inland produziert werden und für die es eine Marktbewertung gibt. Daraus resultieren vielen Vorteile – wie der einfache, internationale und intertemporale Vergleich –, aber auch gravierende Schwächen aufgrund der mangelnden Berücksichtigung von Fragen der Nachhaltigkeit, der Umwelt oder der Einkommensverteilung.

Die aktuelle wissenschaftliche Debatte fassen z. B. Diefenbacher und Zieschank in ihrem nationalen Wohlfahrtsindex oder Stiglitz, Sen, Fitoussi, deren Arbeit auch Grundlage eines Programms der Europäischen Union ist, zusammen.

weiterführend: www.cda-gegenkinderarbeit.de, www.beyond-gdp.eu, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr, www.gute-arbeit-weltweit.de

Initiative
IT FITNESS
www.fit-fuer-den-aufschwung.de

Machen Sie sich FIT für Ihre Zukunft!

Trainieren Sie Ihre Computerkompetenzen nach Ihren Bedürfnissen auf unserer Lernplattform.

Ihr Zertifikat dokumentiert Ihren persönlichen Lernerfolg.

Ein kostenfreies Angebot der Initiative IT-Fitness:
www.it-fitness.de



Wo ist politisches Handeln gefragt? Pflege zwischen Alltagshilfe, medizinischem Knowhow und Organisationsgeschick



Das Podium war prominent besetzt

Schon heute gibt es 2,25 Millionen Pflegebedürftige, davon werden über 1,5 Millionen von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten betreut. Der demografische Wandel tut sein Übriges dazu, dass das Thema Pflegebedürftigkeit im Beruflichen wie Privaten eine immer bedeutendere Rolle spielt. Um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu erörtern, veranstaltete die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anfang Oktober eine Fachtagung. Mit Abgeordneten, Experten und über 200 Teilnehmern debattierten der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, und der stellvertretende Vorsitzende, Willi Zylajew.

Pflegeversicherung muss weiterentwickelt werden

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, zeigte die Vorzüge der solidarischen Pflegeversicherung auf. Diese müssten

beibehalten werden. Die alternde Bevölkerung in Deutschland mache jedoch einen ergänzenden Kapitalstock nötig, um weiterhin eine menschenwürdige und bezahlbare Pflege zu gewährleisten. Höhere Beiträge könnten zwar nicht vermieden werden, doch insbesondere der jungen Generation sei man dauerhaft moderatere Pflegeversicherungsbeiträge schuldig.

Die vom Gesundheitsministerium in Angriff genommene Handlungsfelder stellte die parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz vor. Großes Gewicht werde der Sicherung des Bedarfs an Pflegekräften beigemessen. Einer würdevollen Pflege und Betreuung förderlich, sei auch die Neubestimmung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit. Er wird sich genauer als bisher am Bedarf des Pflegebedürftigen und am Grad seiner Selbstständigkeit ausrichten. Die Arbeitnehmergruppe kündigte an, das dafür benötigte

mehr an Finanzmitteln innerhalb der Fraktion einzufordern.

Wie können Beruf und Angehörigenpflege vereinbart werden?

Wie Familie und Beruf vereinbart werden können, erläuterte Familienministerin Dr. Kristina Schröder. Ein zweijähriger Rechtsanspruch auf Pflegezeit soll Arbeitnehmer nicht mehr allein davon abhängig machen, ob ihr Arbeitgeber die Vereinbarkeit mit einem eigenen Modell ermöglicht. Mit der geplanten Familienpflegezeit haben Arbeitnehmer mehr Zeit für die Pflege ihrer Angehörigen, ohne massive Gehaltseinbußen hinnehmen zu müssen. Von der Familienpflegezeit profitieren Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Beispielsweise können Facharbeiter weiter im Betrieb eingesetzt und in Neuerungen eingebunden werden. Schröder räumte ein, dass die Familienpflegezeit zwar keine „Allround-Lösung“ sei, aber für viele Betroffene eine wichtige Hilfe sein könne. Noch in diesem Jahr wird der Referentenentwurf zum Familienpflegezeitgesetz vorgestellt werden.

An diesem wirkte u.a. der Arbeitsdirektor der Georgsmarienhütte, Felix Osterheider, beratend mit. Er berichtete von seinen positiven Erfahrungen bei der modellhaften Einführung. Die Angebote wirkten sich in der Zufriedenheit und Arbeitsmotivation der Beschäftigten positiv aus. Nicht zu unterschätzen ist aus seiner Sicht das attraktivitätssteigernde Moment im

Wettbewerb um gute Facharbeiter, gerade auch bei Handwerk und Mittelstand.

Daran anknüpfend betonte Stefanie Drozdzyński, Beraterin im Bereich Beruf und Pflege, neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen müsse in den Führungsebenen mehr Sensibilität für das Thema Angehörigenpflege geschaffen werden. Berufstätige, die ihre Angehörigen selbst pflegen wollen, dürften nicht auf sich allein gestellt bleiben in der Frage, wie sie die neue Situation meistern können.

Wie kann dem Bedarf an Pflegekräften begegnet werden?

Im zweiten Veranstaltungsteil diskutierten das Plenum und der parlamentarische Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe ausführlich die Themen Arbeitsbedingungen und Fachkräftemangel. Der Bremer Pflegeforscher Stefan Görres sprach von einem zusätzlichen Bedarf an Pflegekräften im Jahr 2050 zwischen 1,35 und 2,1 Millionen. Deshalb seien von allen Seiten deutliche Anstrengungen erforderlich, um die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern. Dieser Meinung schloss sich Peter Bechtel, Vorsitzender des Verbandes Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Pflegepersonen, an. Es müsse gemeinsam mit der Politik nach entsprechenden Konzepten gesucht werden, um die Qualität der professionellen Pflege zu steigern. Aber auch die Arbeitgeber seien gefordert, ihren entsprechenden Beitrag zu leisten, machte Manfred Maaß, Geschäftsführer eines Pflegezentrums, deutlich.

Willi Zylajew appellierte an Führungskräfte und Beschäftigte in der Pflege,

ein positives Bild ihres Berufs zu vermitteln. So könnten vermehrt junge Menschen für einen Pflegeberuf begeistert werden und auch die Öffentlichkeit würde die gesamtgesellschaftliche Bedeutung und wichtige Arbeit der Pflegebranche besser wahrnehmen.

Perspektiven

Die Beteiligten waren sich einig, dass die Lösung nicht heißen kann, einfach mehr Geld ins System zu pumpen. Vielmehr gilt es, neue Konzepte zu entwickeln sowie auf bewerte Strukturen zurückzugreifen: Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt, Verantwortung innerhalb der Familie oder Gemeinde. So könne auch besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse reagiert werden.

Im Bereich der Pflege werden im nächsten Jahr große Entscheidungen anstehen. Für Dezember hat Gesundheitsminister Rösler Verbände eingeladen, um sich über die Pflegeausbildung, die Finanzierung der Pflege und den Pflegebedürftigkeitsbegriff auszutauschen. Eine grundlegende Modernisierung der Pflegeberufe und eine Zusammenführung der Ausbildungen in einem Berufsgesetz ist angedacht. Eckpunkte werden voraussichtlich im März 2011 vorliegen.

Peter Weiß verwies darauf, die Pflegebranche sei mehr als nur „Jobmotor“ und „Zukunfts- und Innovationsbranche“. Diese Titel verkennen die enorme physisch wie psychisch zu leistende Arbeit der Pflegekräfte. Sie bräuchten gesellschaftliche Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehöre auch eine angemessene Bezahlung. Fachkräfte würden derzeit



Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und Peter Weiß



Die Fachtagung stieß auf großes Interesse

je nach Qualifikation bis zu 24,71 Euro verdienen. Bei Hilfskräften war dingend Handlungsbedarf gegeben, doch seit Juli gelte ein Mindestlohn von 7,50 Euro (Ost) bzw. 8,50 Euro (West).

Politiker wie auch Unternehmer, Führungskräfte und Beschäftigte in der Pflege stehen in der Pflicht, Verbesserungen im Arbeitsalltag von stationären Einrichtungen, ambulanten Diensten und bei pflegenden Angehörigen zu erreichen. Die Abgeordneten betonten, die Anregungen aus den Gesprächen mit in die parlamentarischen Beratungen zunehmen, um Rahmenbedingungen zu optimieren. ■

Christine Sentz,
Referentin der Arbeitnehmergruppe

Mitarbeiterbeteiligung

Ein Ziel, für das es sich lohnt zu streiten



Matthias Zimmer MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der Arbeitnehmergruppe
Vorsitzender der CDA Frankfurt

Nicht erst mit den Hannoveraner Leitsätzen hat sich die CDA eine deutliche Verbesserung der Förderung von Gewinn- und Kapitalbeteiligungen für Arbeitnehmer auf die Fahnen geschrieben. Sie entspringt der Christlichen Soziallehre und ist fest in den Leitlinien der CDU-Sozialausschüsse verankert. Auch der Koalitionsvertrag spricht davon, die Möglichkeiten der Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu erweitern. Mitarbeiterbeteiligung ist ein originäres Anliegen der CDA. Es kann in der Frage der sozialen Partnerschaft von Arbeit und Kapital auch zu einem Alleinstellungsmerkmal der CDU werden!

Die Idee hinter einer materiellen Beteiligung von Arbeitnehmern an ihren Unternehmen ist die Vermeidung einseitiger Vermögensverteilung. Schon in den jungen Jahren der Bundesrepublik bestimmte dieses Anliegen die vermögenspolitische Diskussion. Beteiligung statt Klassenkampf: Das war das Anliegen der Christlich-Sozialen. Kritisch müssen wir allerdings eingestehen: Aus der Beteiligung ist die kleine Münze der Mitbestimmung geworden. Die eigentliche Idee der Mitarbeiterbeteiligung ist unter vielen anderen vermögenspolitischen Gesetzesnovellen eher stiefmütterlich weiterentwickelt worden.

Dabei liegen die Vorteile auf der Hand. Eine Mitarbeiterbeteiligung bindet Mitarbeiter an das Unternehmen. Das ist gerade in Zeiten eines aufdämmernden Facharbeitermangels ein gewichtiges Argument! Die Unternehmen selbst haben ebenfalls Vorteile: Das Beteiligungsvermögen gilt als Eigenkapital und macht Firmen von den Widrigkeiten der Kreditmärkte ein Stück unabhängiger. Und schließlich: Die Motivation der Mitarbeiter sind in solchen Unternehmen höher, damit auch die Produktivität. Eine echte Win-win-Situation für beide Seiten!

Trotzdem, der große Durchbruch steht noch aus. Anfang 2010 haben wir erstmals die Möglichkeit einer Entgeltumwandlung eröffnet. Vorher galt: Mitarbeiterbeteiligung

wurde steuerlich lediglich zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Entgelt der Arbeitnehmer gefördert. Allerdings wurde im Zuge der Neuregelung davon abgesehen, die Entgeltumwandlungen von den Sozialversicherungsbeiträgen zu befreien. Hier liegt ein entscheidendes Problem. Wenn eine solche Umwandlung von Lohn in Beteiligung zwar von Steuern, nicht aber von Abgaben befreit ist, bleibt das Instrument uninteressant. Ein zweites Problem: Die geförderte Summe liegt mit 360 Euro im Jahr deutlich zu niedrig. Andere europäische Länder sind hier mutiger. Wir sollten deutlich über die 360 Euro hinausgehen. Und wir sollten über einen Mechanismus nachdenken, der es Betrieben gestattet, im Fall erheblicher wirtschaftlicher Probleme einmalig auch eine größere Lohnsumme zu Mitarbeiterbeteiligungen steuer- und abgabenvergünstigt umzuwandeln.

Wir haben uns in der Frage der Mitarbeiterbeteiligung bislang mit einer kleinen Sparförderung abspesen lassen. Wenn wir uns aber künftig nicht genau einen solchen Vorwurf gefallen lassen wollen, sollten wir entschieden politische Akzente für eine pragmatische Lösung bei der Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen setzen. Eine von Sozialversicherungsbeiträgen befreite Entgeltumwandlung ist hier ein notwendiger Folgeschritt in die richtige Richtung. Eine Mitarbeiterkapitalbeteiligung, die bei der Förderung auf Augenhöhe mit der betrieblichen Altersvorsorge steht, ein Ziel, für das es sich für uns als CDA zu streiten lohnt. ■



CDA MITTELRHEIN

Vorstand neu gewählt.

Im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter fand die Bezirksversammlung der CDA-Mittelrhein statt. Neben der anstehenden Neuwahl des Bezirksvorstandes referierte der CDA-Bundvorsitzende und CDU-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Karl-Josef Laumann MdL, zu aktuellen Themen der Landespolitik.

Franz Corneth, alter und neuer CDA-Bezirksvorsitzender, freute sich mit seinen Stellvertretern Anna Diegeler-Mai, Günther Schatzl und Udo Leuer über die erfolgreiche Bezirksversammlung. Ulrich Müller, ebenfalls wiedergewählter stellvertretender Bezirksvorsitzender, war an diesem Abend leider verhindert. ■

KONFERENZ VON IG METALL UND CDA BADEN-WÜRTTEMBERG

Dem Wildwuchs bei Leiharbeit Schranken geben



CDA-Landesvorsitzender Christian Bäumler (1. v. l.), Sozialministerin Monika Stolz (2. v. l.) und Peter Weiß (3. v. l.)

„Leiharbeit muss in das Arbeitnehmerentendegesetz aufgenommen werden“ und spätestens nach „sechs Monaten der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten“, forderte der Landesvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse Baden-Württemberg, Christian Bäumler, bei einer gemeinsamen Konferenz der IG Metall und der CDA in Offenburg.

IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann schloss sich der Regulierung von Leiharbeit mit den Worten „Wir müssen diesem Wildwuchs endlich wirksame Schranken geben und damit verhindern, dass aus der jungen Generation die Generation prekär wird“ der Meinung Bäumlers an. Drohender Fachkräftemangel, die ansteigende Zahl der prekär Beschäftigten, die durchwachsene Ausbildungsbilanz und der tief

gehende Strukturwandel der Wirtschaft bildeten die Schwerpunkte der Konferenz.

Konsens herrschte bezüglich des verstärkten Fokus auf Bildung. Insbesondere Ahmet Karademir, der Geschäftsführer der IG Metall Offenburg, betonte Mehrinvestitionen in den Bereichen der Aus- und Weiterbildung, anstelle des Beklagens eines drohenden Fachkräftemangels.

Peter Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe, plädierte dafür, darauf zu achten, dass es sich beim Einsatz von Leiharbeit „wirklich um den begrenzten Einsatz eines Flexibilisierungsinstrumentes geht“. Er kritisierte die gängige Praxis, wonach die tariflich vereinbarten Lohnlinien in größerem Stil umgangen werden. ■

CDA BADEN-WÜRTTEMBERG

CDU-Sozialausschüsse mit Auftrieb Richtung Landtagswahl



Leitanträge zur Zeitarbeit und zur Integrationspolitik sowie die Neuwahl des Landesvorstands standen im Mittelpunkt der gut besuchten Landestagung der CDA Baden-Württemberg in

Pforzheim. CDA-Landesvorsitzender Christian Bäumler wurde bei der Tagung mit 98% im Amt bestätigt. Auch die stellv. Landesvorsitzenden Karin Möhle (89%), Heinz Wiese (88%) und Sabine Lauer (83%) wurden mit großer Mehrheit gewählt. Ministerpräsident Stefan Mappus stellte sich Fragen zur Leiharbeit, der Gesundheitspolitik und der Rente mit 67. Mit großem Beifall bedachten die Teilnehmer die Erklärung des Ministerpräsidenten, dass sich in Politik und Regierung alle Richtungen der Volkspartei CDU wieder-

finden müssten. Mappus betonte, dass er die Arbeitsbedingungen der Leiharbeiter unfair finde. Hier gebe es Änderungsbedarf. Einstimmig sprachen sich die Delegierten für gesetzliche Beschränkungen der Zeitarbeit aus. Die Anzahl der Leiharbeiter solle auf 2% der Beschäftigten in einem Betrieb begrenzt werden. Ab 6 Monaten Betriebszugehörigkeit sollte der Equal-Pay-Grundsatz gelten.

Der nach kurzer Diskussion ebenfalls einstimmig beschlossene Leitantrag „Integrationsland Baden-Württemberg“ hebt hervor, dass Baden-Württemberg wirtschaftlich wie kein anderes Bundesland von der Zuwanderung profitiert hat. Im Leitantrag wird unter anderem

AUSGEZEICHNET

Regina Görner erhält den Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung



© KAS 2010

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat Repräsentanten der Sozialpartnerschaft mit dem Preis „Soziale Marktwirtschaft“ ausgezeichnet: Jochen F. Kirchhoff, der viele Jahre Funktionen in Arbeitgeberverbänden in NRW hatte; Walter Riester, Bundesarbeitsminister und Tarifpolitiker der IG Metall

– und Regina Görner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. „Diese drei Persönlichkeiten stehen beispielhaft für die verantwortungsvolle Wahrnehmung der Sozialpartnerschaft“, sagte der Vorsitzende der KAS Hans-Gert Pöttering. Görner wurde für ihr Wirken in der ötv, im DGB und in der IG Metall ausge-

zeichnet – ein Wirken, das sie immer auch mit politischem Engagement verbunden hat, etwa als Ministerin im Saarland und als Mitglied im CDU-Bundesvorstand. „Sie sind eine Mittlerin, eine Brückenbauerin“, beschied der Laudator Volker Bouffier der Gewerkschafterin. Er hob besonders die Arbeit Görners in der CDA – „dem Herzstück der Arbeitnehmerbewegung innerhalb der Union“ – hervor. Görner verfüge über „Kraft, Zähigkeit und Charme in hohem Maße“, so der hessische Ministerpräsident und fügte hinzu: „Und dabei sind Sie ein fröhlicher Mensch geblieben!“

Görner nutzte ihre Rede für ein Plädoyer für die „wahre Soziale Marktwirtschaft“, derentwegen sie vor langer Zeit der CDU beigetreten sei. Dabei betonte sie, dass beide Sozialparteien ein Interesse am langfristigen Erfolg des Unternehmens hätten. „Doch wo bleibt

eine Kindergartenpflicht ab dem dritten Lebensjahr und die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land gefordert.

Bei den Vorstandswahlen wurden Anja Kapler zur Schatzmeisterin, Dietmar Maldacker zum Schriftführer, Horst Schulte zum Pressesprecher und Andreas Ziegler zum Internetbeauftragten bestimmt. Als Beisitzer wurden Ulrich Scheurer, Barbara Herrling, Michael Kuttruf, Irene Straub Michael Segner, Monica Wüllner, Sabine Blaschka, Hansjörg Klumpp, Hans Staub, Michael Rak, Winfried Plötze, Jürgen Hannemann, Norbert Scheuble, Alexander Manz, Markus Schleicher, und Berthold Hengge gewählt. ■

die Basis für die Partnerschaft, wenn immer mehr Arbeitnehmer gar keine rechtliche Bindung ans Unternehmen mehr bekommen?“, fragte Görner. Sie nahm vor allem Leiharbeit und Werkverträge ins Visier. Shareholder-value entspreche nicht dem Bild, das sich die Väter der Sozialen Marktwirtschaft vom Unternehmen gemacht hätten: „Will man wirklich Unternehmen, die nur noch Rechte, Patente, Lizenzen vermarkten und Arbeitnehmer nur noch wie Rohstoffe einzukaufen?“ Sie nahm den Preis als Ausdruck des Stellenwerts, der dem Engagement der Sozialpartner zugemessen werde und sah in der Entscheidung für die Preisträger auch einen Wandel: „Es gab ja Zeiten, in denen man für das Engagement für Sozialpartnerschaft in der Gesellschaft – aber auch in der Union! – nicht ausgezeichnet, sondern eher ausgelacht wurde!“ ■

CDA/IG BCE AG

Mitbestimmung kein Auslaufmodell – Kohle gehört zur Brücke ins regenerative Zeitalter



v. l. Karl-Hubert Troglauer, Egbert Biermann, Michael Vassiliadis, Kar-Uwe Hemmerich

Egbert Biermann, zugleich Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE, wird die Arbeitsgemeinschaft der CDU-Gewerkschafter für die nächsten zwei Jahre führen.

Seine Stellvertreter sind: Karl-Hubert Troglauer aus Hannover, bei der IG BCE für internes Management zuständig und Mitglied im CDA-Bundesvorstand, sowie Kai-Uwe Hemmerich, Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Unternehmens Clariant aus dem Bezirk Hessen/Thüringen. Als Beisitzer fungieren Glenn Lawrence, Manuel Rendla, Dennis Radtke, Martin Schneider, Frank Winkelkötter sowie Frank Allies.

Egbert Biermann berichtete unter anderem aus seiner Arbeit in der Selbstverwaltung der Agentur für Arbeit und sprach sich noch einmal nachdrücklich für einen Mindestlohn in der Leiharbeitsbranche noch vor dem 1. Mai 2011 aus. Weiter ging Biermann auf die erfolgreichen Betriebsratswahlen ein, sprach das Arbeits- und Sozial-

recht an und beschrieb die Zusammenarbeit mit der Politik, gerade auch auf europäischer Ebene.

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, unterstützte die Forderung des CDU-Arbeitnehmerflügels hinsichtlich eines Mindestlohnes in der Leiharbeit, warnte aber davor, die berechtigten Forderungen nach Lohnangleichung in der Verleihbranche mit den allgemeinen Tarifverhandlungen zu verquicken. Hier sieht er die Gefahr, dass dadurch bei den Verhandlungen in den Kernbelegschaften Lohnerhöhungen gemindert, wenn nicht sogar „abgekauft“ werden. Kernpunkte seiner Rede waren der Aufschwung und die Herausforderungen nach der Krise. Er stellte heraus, dass die Arbeitnehmer einen wichtigen Anteil beigetragen haben. Besonders stolz ist er darauf, dass dieses in der Chemie nicht über Lohndumping geschehen ist. Für die nun anstehenden Verhandlungen, ob auf Tarifebene oder mit der Politik, erwartet er eine sachgerechte Auseinandersetzung. „Es geht um „gute Arbeit“, „Chancengerechtigkeit und Teilhabe“ sowie „Perspektiven“, so Vassiliadis.

Zum Energiekonzept der Bundesregierung waren sich Vassiliadis und Biermann einig, dass die Kernenergie alleine als Brücke ins regenerative Zeitalter nicht ausreicht. „Die Brücke zu einem solchen Fernziel können nur neue, moderne, klimaverträgliche und flexible Kohlekraftwerke bilden.“ ■

CDA BADEN-WÜRTTEMBERG

„Keine Gerechtigkeit nach Haushaltslage“

Die Auswirkungen der Gesundheitsreform für Arbeitnehmer und Rentner stand im Vordergrund einer Veranstaltung der CDA Heilbronn. CDA-Kreisvorsitzender Michael Kuttruff hatte den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse Christian Bäumler gewinnen können. „Die Finanzierung des Sozialausgleichs in der Krankenversicherung über Steuergelder bedeutet Gerechtigkeit nach Haushaltslage“, kritisierte Bäumler, die von der Bundesregierung beschlossene Gesundheitsreform. Rösler' Reform sei sozial unausgewogen und bürokratisch.

Wie schnell ein Sozialausgleich über den Bundeshaushalt gekippt werden kann, zeige das aktuelle Sparprogramm der Bundesregierung, das vor allem bei Arbeitslosen und Geringverdienern ansetzt. Der CDU-Sozialflügel verweist darauf, dass der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung um 2,1 Milliarden Euro durch das Sparprogramm gekürzt wird.

„Wir lehnen den geplanten pauschalen Zusatzbeitrag und die Fixierung des Arbeitgeberanteils ab. Arbeitnehmer, Familien und Rentner dürfen mit den steigenden Gesundheitskosten nicht al-

leine gelassen werden“, fordert CDA-Vize Bäumler. Der Arbeitgeberanteil mache gerade 4 Prozent der Arbeitskosten aus. Lohnkosten und Lohnnebenkosten seien in Deutschland in Gegensatz zu allen anderen europäischen Ländern in den letzten 10 Jahren kaum gestiegen. Die Arbeitgeber dürfen nach Auffassung der CDU-Arbeitnehmerorganisation nicht aus der finanziellen Verantwortung für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter entlassen werden. „Im Kampf gegen die Gesundheitslobbyisten und bei der Prävention im Betrieb sind die Arbeitgeber unverzichtbare Verbündete“, erklärt Bäumler. Das für 2011 vorhergesagte Defizit ergebe sich auch aus gestiegenen Arzneimittelpreisen. ■



Die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner, MdB (3.v.l.) und Dr. Regina Görner von der IG Metall (3.v.r.) zusammen mit der Vorsitzenden des CDA-Regionalverbandes Neuwied-Altenkirchen Lydia Weiland (2.v.r.) und dem Vorsitzenden des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur Ekkehard Gauglitz (2.v.l.) und den beiden CDU-Landtagskandidaten des Landkreises Neuwied im Rahmen der 3. Neuwieder Deichstadtgespräche der CDA.

NEUWIEDER DEICHSTADTGESPRÄCHE

Gerechte und existenzsichernde Einkommen

„Die eigentlichen Verlierer der Krise sind die jungen Leute, die in Leiharbeit waren und sind. Diese wurden zu Beginn der Krise am schnellsten entlassen und es seien diejenigen, denen man heute keine feste Anstellung anbieten“, brachte Regina Görner das Problem der Beschäftigungsverhältnisse bei den Neuwieder Deichstadt-

gespräche auf den Punkt. Befristete Jobs und Leiharbeit verdrängen ihrer Auffassung nach reguläre Jobs. Die Folge ist, dass junge Leute immer später in wirklich gesicherte Arbeitsverhältnisse kommen, die auch eine Lebensperspektive bieten. Im Hinblick auf eine gerechte und existenzsichernde Bezahlung ohne staatliche Transferlei-

stungen forderte Görner eine neue Diskussion über den Niedriglohnssektor.

Neben Görner konnten der Vorsitzende der CDA Koblenz-Montabaur, Ekkehard Gauglitz, und die Vorsitzende der CDA Neuwied-Altenkirchen, Lydia Weiland, als Gesprächspartner die Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2011 in Rheinland-Pfalz Julia Klöckner begrüßen.

Klöckner sprach sich gegen einen einheitlichen Mindestlohn in Deutschland aus. In der Lohnpolitik sollten gerechte Löhne im Rahmen der Tarifautonomie von den Tarifpartnern ausgehandelt werden, denn Löhne seien branchenabhängig und die Tarifpartner verstünden es besser, über Löhne zu verhandeln als jede staatliche Behörde. ■

CDA RHEINLAND-PFLAZ

CDU-Sozialpolitiker/innen zu Gast bei der Firma Lohmann in Neuwied



CDU-Sozialpolitiker/innen des CDA-Regionalverbandes Neuwied-Altenkirchen und des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur mit ihren Vorsitzenden Lydia Weiland (4.v.r.) und Ekkehard Gauglitz (4.v.l.) zu Gast bei der Firma Lohmann.

Im Rahmen der Informationsbesuche sowie Gesprächen mit Betriebsräten von Firmen und Unternehmen der Region waren CDU-Sozialpolitiker/innen des CDA-Regionalverbandes Neuwied-Altenkirchen und des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur mit ihren jeweiligen Vorsitzenden Lydia Weiland und Ekkehard Gauglitz zu Gast bei der Firma Lohmann. Jürgen Walda, einer der beiden Geschäftsführer der Firma Lohmann, erläuterte – zusammen mit den Mitarbeiter/innen aus den Bereichen Personal sowie Technik, Sicherheit und Umwelt – den Vertretern der CDA die Firmenstruktur und -philosophie des Unternehmens.

Das 1851 gegründete und in Neuwied ansässige Traditionsunternehmen beschäftigt dort rund 420 Mitarbeiter und gehört mit seinen Produkten zu den führenden Anbietern von doppelseitigen Klebebändern weltweit. „Als klassischer Zulieferer sind wir weltweit in fast allen Industriebereichen erfolg-

reich vertreten“, so Jürgen Walda. Zurzeit investiert das Neuwieder Unternehmen Lohmann 5,5 Millionen Euro in den Ausbau des Standortes Neuwied. Auf Nachfragen bezüglich der Auswirkungen der Wirtschaftskrise wurde vom Vorsitzenden des Betriebsrates Jürgen Boeck ausgeführt, dass das Unternehmen diese durch betriebliche Vereinbarungen und Arbeitszeitkonten gut überstanden habe und wieder Mitarbeiter/innen eingestellt würden.

Auf die Fragen hinsichtlich der Qualität der schulischen Ausbildung von Schulabgängern erhielten die Sozialpolitiker/innen die Antwort, dass diese erhebliche Mängel aufweise. Für Ausbildungsstellen, für die in der Vergangenheit ein Hauptschulabschluss ausreichte, werde heute die Mittlere Reife oder das Abitur gefordert. Defizite in der schulischen Ausbildung müssten im Unternehmen ausgeglichen werden. ■

CDA THÜRINGEN

Herbstklausur in Erfurt



Am vergangenen Wochenende trafen sich die Landesvorstandsmitglieder und Kreisvorsitzenden der CDA Thüringens in Erfurt zu ihrer Herbstklausur. Ein Thema war dabei „Chancen und Risiken der demografischen Entwicklung in Thüringen“. Der Präsident des Thüringer Landesamtes für Statistik Günter Krombholz brachte dazu interessantes Zahlenmaterial mit, wie sich die Bevölkerungsentwicklung bis 2030 auswirken wird und wie sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelt hat. Herr Krombholz gab auch einen Ausblick, wie sich das in den sozialen Sicherungssystemen niederschlagen wird. Sehr erstaunt zeigten sich die Anwesenden über die Entwicklung der Bruttolöhne in Thüringen von 1991-2009. Diese betragen 1991 im Durchschnitt 10.808 € und 2009 22.289 €, während der Durchschnittswert in Deutschland 1991 bei 19.691 € und 2009 bei 27.648 € lag. Diese Zahlen – in Verbindung zur Abwanderungsbewegung gebracht –, sagen aus, dass man im Hinblick auf den Fachkräftemangel die Arbeitskräfte nur im Land halten kann, wenn man

ihnen einen Lohn zahlt, von dem man auch leben kann, ohne auf zusätzliche Leistungen des Staates angewiesen zu sein. Ebenso sei es unverzichtbar, die Beschäftigten weiterzubilden und zu qualifizieren sowie Berufspendler zurück zu gewinnen.

Nach den Beratungen des ersten Klausurtagess fand die Auswertung der Mitgliederwerkbeaktion statt. Diese hatte die Thüringer CDA zu Beginn dieses Jahres ausgerufen. Den ersten Platz dabei belegten Guntram Brüheim aus Weimar und Beate Heß aus dem KV Gotha mit je 5 neu geworbenen Mitgliedern, auf den 3. Platz liegt Gabriele Kalb aus dem Wartburgkreis.

Am 2. Tag der Klausur diskutierten die CDAler mit dem Generalsekretär der Thüringer CDU, Dr. Mario Voigt, über die Perspektive Thüringens in den kommenden Jahren sowie der Arbeit der Koalition nach einem Jahr Regierungstätigkeit. Dabei wurde nicht nur über die Haushaltssituation und die Lohnentwicklung gesprochen, sondern auch über die Versorgung der Bevölkerung mit schnellem Internet sowie die bessere Vernetzung der CDU-Mitglieder untereinander.

Resümierend stellte der CDA-Landesvorsitzende Gustav Bergemann am Ende der Tagung fest, dass es sehr wichtig sei, sich zu den aktuellen politischen Themen – aber auch mit den in naher Zukunft vor uns stehenden Aufgaben – in gemeinsamer Diskussion auszutauschen. Dabei sei es aber unverzichtbar, möglichst viele Mitglieder mit einzubeziehen. Es wurde vereinbart, dass die CDA Thüringen zum Thema „Mindestlohn“ ein offenes Forum durchführen wird. ■



CDA NORDRHEIN-WESTFALEN

CDA zu Gast in Krefeld

Das Helios Klinikum Krefeld und die Agentur für Arbeit Krefeld waren Einrichtungen, die der CDU-Bundestagsabgeordneten Rudolf Henke im Rahmen der Betriebstour 2010 der CDA in Krefeld besuchte. Dabei wurde er u.a. von der CDA-Kreisvorsitzenden Elona Hubrach-Verhasselt und vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Wilfrid Fabel begleitet.

Im Helios Klinikum Krefeld erläuterte Geschäftsführer Hans-Walter Singer nicht nur die strategischen Ziele von Helios im Allgemeinen, sondern auch die Entwicklung des Krefelder Maximalversorgers zum modernsten Krankenhaus der Region. Steigende Patientenzahlen zeigen nach Einschätzung von Singer den konstanten Zuspruch zu Veränderungen seit der Übernahme der Städtischen Krankenanstalten Krefeld durch die Helios Kliniken im November 2007.

Bei der Agentur für Arbeit Krefeld informierten Peter Ewert (Vorsitzender der Geschäftsleitung) und sein Stellvertreter Christopher Meier Henke über die aktuelle Situation und die weitere Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt in Krefeld. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in

der Stadt Krefeld und im Kreis Viersen verlaufe zurzeit unterschiedlich, erklärte der Agentur-Chef. Dabei stelle sich die aktuelle Lage in Krefeld günstiger dar als im Kreis. Die Situation am Ausbildungsmarkt bezeichnete Peter Ewert als „unausgeglichen“. Der Juli 2010 habe leider keine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt gebracht, bedauert der Chef der Agentur für Arbeit Krefeld. Das stelle, so Peter Ewert, alle Akteure auf dem Ausbildungsmarkt vor „eine große Herausforderung“, die es in den kommenden Wochen bis zum Ausbildungsbeginn in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu meistern gelte.

In seinem Resümee bewertete Rudolf Henke MdB die Arbeit des Helios-Klinikums sowie der Agentur für Arbeit in Krefeld positiv. Ihn beeindruckte besonders, dass das Helios-Klinikum nicht klagt und jammere, sondern sich mit Optimismus den Herausforderungen an Qualität und Wirtschaftlichkeit stelle. Auch die Agentur für Arbeit in Krefeld gestalte ihre Arbeit effektiv und effizient, um Arbeits- und Ausbildungssuchenden in Krefeld eine möglichst gute persönliche Perspektive zu eröffnen. Den Krefelder Akteuren danke er für ihren Einsatz. ■

CDA SÜDBADEN

Walter Haas ausgezeichnet für 60 Jahre CDA- Mitgliedschaft



Hansjörg Klumpp und Jubilar Walter Haas (rechts)

Beim Rückblick zum 80. Geburtstag wurde ein bewegter Lebensweg des Freiburgers vorgestellt, der bereits in frühester Jugend in die CDA eingetreten ist und für seine 60 Jahre Mitgliedschaft mit der Landesverdienstnadel in Gold der CDA Baden-Württemberg vom stellv. Bezirksvorsitzenden und Mitglied im CDA Landesvorstand, Hansjörg Klumpp, ausgezeichnet wurde. Klumpp nahm die Ehrung im Namen des Landesvorsitzenden Dr. Christian Bäumler vor. Eine staatliche Zahl von Ehrengästen wohnte der Feierlichkeit bei: Regierungspräsident i.R. Sven von Ungern- Sternberg, Fraktionsvorsitzender Wendelin von Kageneck und etliche langjährige „Kampfgefährten der Freiburger CDA“.

Als „verlässlicher Eckpfeiler der CDU“, so Ungern- Sternberg, sei er

Motor und soziales Gewissen gewesen, das sich der gerechten Teilhabe und den Blick auf die Gefahr von Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft verpflichtet fühlte.

Aus der christlichen Jugendarbeit kommend, fand der im Hotzenwald Geborene nach seiner Abendschule in Basel bald den Weg zur Bildungsarbeit bei der Erzdiözese Freiburg. Danach wechselte er zum DGB, wo er Spezialist für Arbeits- und Sozialrecht wurde und zuletzt die Rechtsabteilung des DGB Südbaden leitete. Schulung und Unterstützung der Betriebsräte waren ihm ein Daueranliegen. So arbeitete er am Badischen Betriebsrätegesetz mit. 1978 wechselte er in den Vorstand der Freiburger Verkehrs AG, wo er als Personal- und Verwaltungschef maßgeblich an der Einführung der „Regio Umweltkarte“ im ÖPNV beteiligt war – dies wurde ein bundesweiter Erfolg, denn diese übertragbare Fahrkarte wurde von vielen Gemeinden und Landkreisen aus ökonomischen und ökologischen Gründen eingeführt. Seit 1993 ist er im Ruhestand. Er war langjähriges, aktives Mitglied im Kreisvorstand der CDU Freiburg und stellvertretender Bezirksvorsitzender der CDA und Mitglied im Landesvorstand der CDA Baden-Württemberg. Von 1962 bis 1980 war er Freiburger Gemeinderat, als die CDU-Fraktion damals noch die stärkste Fraktion stellte. ■

Namen und Nachrichten

+++ **Gottfried Schmidt** wurde vom Landesvorsitzenden der CDA Baden-Württemberg, **Christian Bäumler**, für seine langjährige Arbeit als CDA Kreisvorsitzender durch die Verleihung der Goldenen Ehrennadel geehrt. Bäumler würdigte Schmidt als soziale Speerspitze der Union im Schwarzwald-Baar-Kreis. Besonders in Fragen der Gesundheitspolitik und der Rente habe er das soziale Profil der Union gestärkt. +++

+++ Die CDA Ostalb wählte einen neuen Vorstand. **Klaus Meyer** gab nach 25 Jahren den Vorsitz der CDA ab. In seinem letzten Rechenschaftsbericht ließ er noch einmal die Höhepunkte seiner Vorstandschaft Revue passieren. Meyers langjährigen Verdienste wurden durch den Bezirksvorsitzenden **Herbert Simm** in einer kurzen Laudatio hervorgehoben und mit einer Ehrenurkunde und der Ernennung zum Ehrenvorsitzenden gewürdigt. Zu seinem Nachfolger wurde **Marcus Schneider** einstimmig gewählt. Die weiteren Wahlen ergaben: Stv. Vorsitzender **Christian Fromm**, Schriftführer **Christian Groß** und **Jutta Meyer** als Beisitzerin. +++

+++ Im Rahmen der diesjährigen Hauptversammlung konnten CDA-Kreisvorsitzender **Uwe Kaven** und CDA-Bezirksvorsitzender **Franz Corneth** 29 Mitglieder für ihre langjährige CDA-Mitgliedschaft ehren, so u.a. **Reginald Bäßgen** mit der Goldenen CDA-Ehrennadel für 60

Jahre, den langjährigen Landtagspräsidenten des NRW-Landtages, **Dr. Wilhelm Lenz** für 40 Jahre, den CDA-Bezirksschatzmeister, **Thomas Breuer** für 30 Jahre und den ehemaligen CDA-Kreisvorsitzenden **Dr. Ulrich S. Soénius** für 25 Jahre. Uwe Kaven dankte bei seiner Gratulation den Kollegen für ihr jahrzehntelanges Engagement in und für die CDA. +++

+++ Am 02.10.2010 kamen die Landesverbände Sachsen-Anhalt, Braunschweig und Hannover in Braunschweig zu ihrem traditionellen Treffen zusammen. Empfangen wurden die Gäste in der CDU-Geschäftsstelle Braunschweig durch die Landesvorsitzende der CDA Braunschweig **Gudula von Kalm** und den Landesvorsitzenden der CDA Sachsen-Anhalt **Uwe Bruchmüller** zu einer gemeinsamen Vorstandssitzung. Begrüßt wurden die Mitglieder und Gäste durch den stellvertretenden Ratsvorsitzenden der CDU-Ratsfraktion **Grziwa** und **Anja Bombeck**.

Das diesjährige Treffen war im Jubiläumsjahr „20 Jahren Wiedervereinigung“ von besonderer Bedeutung. Jürgen Scharf, Fraktionsvorsitzender der CDU Faktion im Landtag Sachsen-Anhalt, mahnte, dass die Geschichte der DDR-Diktatur nicht in Vergessenheit geraten darf. Ihre ganz privaten Erinnerungen an die Zeit der Grenzöffnung teilte am Abend die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Landtag von Niedersachsen, Frau **Heidemarie Mundlos**, mit. +++

+++ Ende September fand eine Landesvorstandssitzung der CDA Sachsen-Anhalt in Dessau im größten Instandhaltungswerk der Deutschen Bahn AG für elektrische Lokomotiven statt. Dieses Treffen arrangierte das Mitglied des Landesvorstands Rudolf von Büнау. Bei einem durch den Werkleiter Michlitz geführten Betriebsrundgang bekamen die Teilnehmer einen kleinen Überblick über das sehr spezielle und vielfältige Instandhaltungsprogramm des Unternehmens. Über

1000 hochspezialisierte Mitarbeiter kümmern sich um die Instandhaltung aller E-Loks, auch die der SBB und ÖSB sowie der Berliner S-Bahn. +++

+++ Auf Einladung des langjährigen Landessozialsekretärs der CDA NRW, **Ralf Lindemann**, trafen sich zum zweiten Mal ehemalige hauptberufliche MitarbeiterInnen der CDA NRW und der CDA-Hauptgeschäftsstelle zu einem Informations- und Gedankenaustausch. Mit dabei waren u.a. der aus NRW kommende Vorsitzende des Stegerwaldbundes, **Albert Keil** und die Vorstandsmitglieder **Ludger Reuber** und **Dieter Rothe** so wie der ehemalige Landessozialsekretär von Westfalen-Lippe, **Bernd Weskamp**. In den rund vier Stunden wurde die Situation der CDA beleuchtet und die allgemeine politische Lage diskutiert. Dabei wurden besonders heftig die Vorstellungen des Bundesgesundheitsministers **Philip Rösler** zur Gesundheitsreform kritisiert und als unsozial abgelehnt. +++

Kurt Härzschel verstorben

Mit Kurt Härzschel ist am 22. Oktober 2010 eine der markantesten christlich-sozialen Persönlichkeiten der Nachkriegszeit von uns gegangen.

Kurt Härzschel war von 1965 bis 1999 Ratsmitglied der Stadt Schopfheim und von 1985 bis 1995 Kreistagsmitglied des Kreises Lörrach. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1963 bis 1965 sowie von 1967 bis 1976 an. Zudem gehörte Härzschel von 1973 bis 1977 dem Europaparlament an.

1976 wurde Kurt Härzschel zum Staatssekretär im Baden-Württembergischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung ernannt. Sein besonderes Augenmerk galt vor allem der Gesundheitspolitik. In der CDA bekleidete Kurt Härzschel von 1971 bis 1988 das Amt des Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg. Von 1971 bis 1989 war er stellvertretender Bundesvorsitzender.

Bis zuletzt hat Kurt Härzschel aktiv die Arbeit der CDU-Sozialausschüsse in Baden-Württemberg und im Bund mit verfolgt. In seiner Tätigkeit und seinen öffentlichen Wortmeldungen war er als das „soziale Gewissen“ der CDU erkennbar.

Die CDA Deutschlands ist Kurt Härzschel zu großer Dankbarkeit verpflichtet. Er hat maßgeblich die Sozialpolitik in unserem Land mitgestaltet, er hat der CDA Gewicht und Stimme gegeben. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Die CDA wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung

Heute: Karin Möhle



Karin Möhle

Alter: 47 Jahre
 Beruf: Diplomkauffrau/Diplom-
 verwaltungswirtin
 Vorsitzende der Frauen in der CDA
 Mitglied des Bundesvorstandes
 der CDA
 engagiertes Ver.di-Mitglied (Beam-
 tenausschuss, Bezirksvorstand)

1. Wieso bist Du in der CDA?

Die CDA ist meine geistige Heimat. Ich bin aus voller Überzeugung Sozialpolitikerin und bin der Auffassung, dass keine andere politische Organisation für mich und meine Ziele in Frage käme.

2. Worüber, worauf freust Du Dich?

Ich freue mich über jeden politischen Erfolg, den wir als CDA erreichen und

wenn ich Menschen in schwierigen Lebenslagen eine Hilfe sein kann.

3. Was gibt Dir Kraft?

Wenn meine politischen und persönlichen Bemühungen von Erfolg gekrönt sind und ich Menschen in meiner Umgebung glücklich machen kann, das gibt mir Kraft.

4. Was heißt Arbeit für dich?

Arbeit ist für mich alles, was ich mit Ernsthaftigkeit und Zielorientierung tue. Auch mein Engagement in der CDA ist in diesem Sinne Arbeit.

5. Was würdest du nie tun?

Ich könnte nie einen Menschen oder ein Tier absichtlich verletzen. Gewalt ist mir absolut zuwider.

6. Dein Buchtipp?

Mein diesjähriges Lieblingsbuch ist „Genie und Wahnsinn - Das Leben des genialen Mathematikers John Nash“ von Sylvia Nasar.

7. Mit welchem Promi möchtest Du Dich gerne mal in Ruhe unterhalten?

Ich würde mich sehr gerne einmal mit dem amerikanischen Ökonom Robert Solow oder Joseph Stiglitz über Arbeitslosigkeit und Mindestlohn unterhalten.

8. Wo möchtest Du – außer in Deiner derzeitigen Heimat – gern leben?

Ich könnte mir vorstellen, einige Monate im Jahr in Nordzypern zu verbringen. Durch längere Besuche und Aufenthalte habe ich die Menschen

dort sehr in mein Herz geschlossen.

9. Welche Vorbilder hast Du – in der Geschichte und in der Gegenwart?

Ich kann mich nicht erinnern, jemals Vorbilder gehabt zu haben. Jeder Mensch ist einzigartig und muss seinen eigenen Weg finden.

10. Was ist Dein größter (politischer) Erfolg?

Ich bin besonders auf den Abschluss meines Diploms zur Diplom-Kauffrau stolz. Dies neben Beruf, Politik und Ehrenamt geschafft zu haben, bedeutet mir viel.

11. Die größte Ungerechtigkeit: Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?

Die Röslerische Gesundheitsreform ist weder sozial noch gerecht. Es kann nicht sein, dass Menschen mit geringem Einkommen gesundheitlich schlechter versorgt werden, als Menschen, die es sich leisten können, Gesundheitsgüter zu kaufen.

12. Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

Ich würde in die Finanzierung von Nachhilfe für Kinder aus bildungsfernen Schichten investieren.

13. Dein Lebensmotto?

„Hold fast to dreams, for if dreams die, life is a broken-winged bird that cannot fly“ (L. Hughes). ■

Einmischen. Einfluss nehmen.

Eintreten!



Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Geb.-Datum: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Mobil: _____

E-Mail: _____

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:

CDU-Mitglied: ja nein

Als Aufnahme spende zahle ich _____ €

_____, den _____

Unterschrift

Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen.
Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden,
dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: _____ €

in Worten: _____ €

einmal jährlich zweimal jährlich

von meinem Konto: _____

Nr.: _____

BLZ: _____

bei der: _____
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

_____, den _____

Unterschrift (für Kreditinstitut)

Unsere monatlichen Beiträge:

- > Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- > Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- > CDU-Mitglieder: 4,10 €
- > Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- > Auszubildende, Schüler/innen, Studenten/innen, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).